



Romero, der Volksheilige

Vor 30 Jahren wurde der salvadorianische Erzbischof Oscar Arnulfo Romero ermordet. In seiner Heimat wird er als Heiliger verehrt, der Vatikan dagegen tut sich mit der Seligsprechung schwer. **Seite 3**



Der Baumpate

Er hat den Krieg erlebt und pflanzt seit Jahrzehnten Bäume für den Frieden. In Berlin konstituierte er das »Parlament der Bäume«. Der Aktionskünstler Ben Wagin wird morgen 80. **Seite 9**



Rentenversicherung

Wenn die Kasse sich irrt, wer bezahlt den Anwalt? / Kann Pflegezeit geteilt werden? / Serie: Versicherungen (T.20)

Standpunkt

Entscheidende Frage

Von Roland Etzel

Im Nahostkonflikt sind die Fronten festgenagelt. Seit dem förmlichen Ende des israelisch-palästinensischen Dialogs vor zehn Jahren hat es in keiner der substantiellen Streitfragen auch nur einen Schritt vorwärts gegeben. Im Gegenteil. Durch ständige israelische Landnahme in den gegen internationales Recht seit 1967 besetzten Gebieten Ost-Jerusalem und Westjordanland wird die Substanz eines künftigen palästinensischen Staates täglich weiter ausgehöhlt. Deshalb wäre es von grundsätzlicher Bedeutung, dort einen israelischen Baustopp durchzusetzen, denn Israels friedlich-zivile Begriffe wie Wohnungsbau in Ost-Jerusalem und Siedlungsbau auf der Westbank bedeuten nichts anderes als deren Entpalästinisierung.

Das Nahostquartett war von Anfang an ein amerikanisches Solo. Wenn es jetzt erstmals in dieser Deutlichkeit von Israel Baustopp fordert, so deshalb, weil Obama sich zum Konflikt erkennbar anders äußert als sein Amtsvorgänger. Er sieht wohl: Jede Aufforderung zu Verhandlungen über die Aufteilung eines Kuchens würde als heuchlerisch erkannt, wenn es einer Seite gestattet ist, sich noch vor deren Beginn immer neue Stücke herauszuschneiden.

Daran, welche Aktivität die USA hier entfalten, werden sie künftig wesentlich gemessen werden – in der arabischen Welt, im Trikont und überhaupt in ihrer Fähigkeit, irgendwo als ehrliche Makler aufzutreten.

Unten links

Vier Millionen fehlen. Nicht Euro, sondern Deutsche. Das Statistische Landesamt Hessen hat den Verdacht ausgesprochen, die Melderegister der Bundesländer hätten bis zu vier Millionen Karteileichen. Wir sind nur 78 Millionen Deutsche, nicht mehr 82? Da macht sich rasch Einsamkeit breit. Eben sagte der SPD-Politiker Steinmeier, Demokratie brauche jeden. Aber woher nehmen, ohne erst zu zeugen? Wie kommen wir zu vier Millionen neuen Deutschen? Demografie vernichtet Demokratie. Wo sind die fehlenden Mitbürger denn hin? Ist es ein Zufall, dass just die SPD mitteilte, es sei nach den Konflikten der letzten Zeit wieder mit einem Mitgliederzuwachs zu rechnen? Des Rätsels Lösung: Dort sind sie also, die vier Millionen. Wer in eine Partei eintritt, ist schnell verschwunden, löst sich auf in der Stromlinienform. Leichenblasse Vereine, da wird man sofort abgehettet in der Beliebtheit. Die SPD vorneweg. Wie der Name schon sagt: Sozialdemokratische Kartei Deutschlands. *hades*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Netanjahu will weiter siedeln

Hinter Washingtons verschlossenen Türen ging es um die Zukunft des Nahostdialogs

Israels Ministerpräsident Netanjahu hat den geplanten Bau neuer Siedlungen in Ost-Jerusalem verteidigt. Jerusalem sei keine Siedlung, sondern Israels Hauptstadt, betonte Netanjahu am Montagabend (Ortszeit) in Washington vor einem Treffen mit US-Präsident Obama.

Washington (dpa/ND). Die Pläne zum Bau weiterer Siedlungen in Jerusalem bleiben Streitpunkt zwischen Israel und den USA. Unmittelbar vor einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama am Dienstagabend verteidigte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Baupläne im seit dem Juni-Krieg von 1967 okkupierten Ostteil der Stadt. »Jerusalem ist keine Siedlung, es ist unsere Hauptstadt«, erklärte er in einer Rede vor der amerikanischen Israel-Lobbygruppe AIPAC in Washington.

Die Juden hätten Jerusalem vor 3000 Jahren gebaut und würden das auch weiterhin tun, betonte Netanjahu am Montag (Ortszeit) vor Tausenden AIPAC-Delegierten und Gästen. Die »jüdischen Viertel« in Jerusalem seien zusammengehörige Teile der Stadt, die im Fall jeder Friedenslösung in Besitz Israels blieben. Seiner Regierung sei durchaus bewusst, dass auch Palästinenser dort lebten. »Wir wollen sie nicht regieren. Wir wollen, dass sie dort als unsere Nachbarn in Würde und Frieden leben«, sagte Netanjahu.

Er wolle Friedensverhandlungen. Frieden könne nicht von außen kommen, sondern nur durch direkte Gespräche, um Vertrauen aufzubauen. »Präsident Abbas, kommen Sie und verhandeln Sie über den Frieden«, forderte Netanjahu die Palästinenserführung unter Mahmud Abbas von Washington aus auf.

Netanjahu betonte die »engen Verbindungen zu den USA«. Er sei zuversichtlich, dass sein Land eine »bleibende Freundschaft« zu den Vereinigten Staaten habe. US-Außenministerin Hillary Clinton hatte zuvor Kritik am Ausbau der Siedlungen geübt. Obama hatte über seinen Sprecher Robert Gibbs erklären lassen: »Unser Ziel ist es, eine Atmosphäre des Vertrauens

und einen offenen Dialog zu schaffen, um beide Seiten zusammenzubringen.« Er habe die Hoffnung, dass das Gespräch zu fruchtbaren Verhandlungen führe. Sein Treffen mit Netanjahu sollte am Abend (Ortszeit) hinter verschlossenen Türen im Weißen Haus stattfinden.

Die Pläne zum Bau weiterer 1600 Wohnungen im von Israel ebenfalls als Teil seines Staatsgebiets beanspruchten palästinensischen Viertel Jerusalems waren während eines Israel-Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden bekannt geworden; ob mit Berechnung oder – wie von israelischen Regierungskreisen und Medien dargestellt – als mehr oder weniger zufällig zu diesem Zeitpunkt bekannt gegebene Ungeschicklichkeit bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall wird seitdem auch im Weißen Haus von einer diplomatischen Krise zwischen beiden Staaten gesprochen.

Erklärte US-Politik ist es, als Teil des internationalen Nahostquartetts dabei helfen zu wollen, den festgefahrenen Friedensprozess in der Region anzukurbeln. Dem Quartett gehören neben den USA die EU, Russland und Vertreter der Vereinten Nationen an. Es wurde 2002 auf Anregung Spaniens angesichts der eskalierenden Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern ins Leben gerufen, entfaltete aber in der Amtszeit des US-Präsidenten George W. Bush kaum praktische Aktivitäten für einen Friedensprozess. Derzeit hält sich der amerikanische Sondergesandte George Mitchell in der Region auf, um dort indirekte Verhandlungen mit Spitzenpolitikern beider Seiten in Gang zu bringen.

Auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle verlangte von Israel ein Ende des Siedlungsbaus in Ost-Jerusalem und den besetzten Palästinenser-Gebieten. Er sagte am Dienstag im Deutschlandfunk: »Wir sind der Überzeugung, dass die jüngsten Siedlungsentscheidungen in Ost-Jerusalem den vernünftigen Prozess im Nahen Osten behindern.« Das »Einfrieren der Siedlungsaktivitäten« sei Voraussetzung für eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästinensern. *Interview Seite 6*



Das israelische Einwanderungsministerium MOIA zeigt auf seiner Website www.moia.gov.il obige Landkarte mit seinen Büros. Die Karte umfasst den Staat Israel, die palästinensischen Gebiete Westjordanland und Gaza sowie die annektierten syrischen Golan-Höhen. Grenzen zu den besetzten Gebieten sind nicht eingezeichnet. Einwanderern wird der Eindruck vermittelt, sie siedelten in jedem Fall nach Israel. Die Karte rechts (ND-Grafik) zeigt Israel in den Grenzen vor dem Sechstage-Krieg 1967, getrennt davon die seitdem besetzten Gebiete.



Google umgeht chinesische Zensur

Internetgigant verlässt China – Suchmaschine soll nun von Hongkong aus betrieben werden

Von Georg Ackermann, Singapur

Google und die chinesische Regierung haben sich im Streit um die Zensur nicht einigen können. Die Suchmaschine betreibt ihre chinesische Seite künftig von Hongkong aus. Doch Google muss fürchten, im Reich der Mitte gesperrt zu werden. Ein Riesemarkt ginge damit verloren.

Als in Peking noch alle schlafen, verkündet der Internetgigant Google, dass in China fortan nicht mehr zensuriert wird. Über die Server in Hongkong (google.com.hk) wird Google vorläufig einen ungefilterten Suchdienst für ganz China anbieten. »Dies ist absolut legal«, glaubt Googles Chef-Jurist David Drummond. Denn die Sonderzone Hongkong hat ihre eigenen, liberaleren Gesetze. Die chinesischen Behörden re-

agierten am Dienstagmorgen geizt. »Google hat sein schriftliches Versprechen gebrochen«, sagt ein hoher Beamter im Informationsministerium der staatlichen Agentur Xinhua. Man habe sich zweimal zu einem aufrichtigen Dialog mit dem Unternehmen zusammengesetzt. »Wir haben Google deutlich gemacht, dass dessen Entwicklung im Lande weiter willkommen sei, sofern Chinas Gesetze eingehalten würden.« Die Anschuldigungen, China stecke hinter den Hacker-Angriffen auf den Internetdienst, seien »komplett falsch«.

Am 12. Januar vermeldete Google, dass verschiedene Firmencomputer systematisch von chinesischen Hackern ausspioniert worden seien. Betroffen gewesen seien vor allem die E-Mail-Konten mehrerer Menschenrechtsaktivisten.

Für den Internetriesen war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Google kündigte den Rückzug aus einem Land an, in dem es nie richtig Fuß fassen konnte. Denn die Hürden, die China den ausländischen Webdiensten in den Weg stellt, erweisen sich als unüberwindbar. Im Zuge der gewaltsamen Proteste in der Unruheprovinz Xinjiang blockierten die Behörden im vergangenen Sommer Google, Youtube, Facebook und Twitter. Regierungsfeindlichen Gruppierungen sollte dadurch die Kommunikation erschwert werden.

Während die lokalen Konkurrenten beliebig expandieren können, werden vor allem die Ausländer gebremst. Baidu bei den Suchmaschinen und Tencent im Bereich der »sozialen Netzwerke« erweisen sich als die Hauptprofiteure.

Der Konflikt veranschaulicht einmal mehr den Zusammenprall von zwei unterschiedlichen Wertesystemen. Er wird auch bereits auf diplomatischer Ebene ausgefochten. Mike Hammer, Sprecher des Weißen Hauses, zeigte sich »enttäuscht« darüber, dass Google und die chinesische Regierung sich nicht einigen konnten. Ein Ende der Auseinandersetzung ist noch nicht abzusehen. Google rechnet damit, dass China die neue Seite womöglich ganz für die eigene Bevölkerung sperrt. Derweil versucht Premier Wen Jiabao die Gemüter im diplomatischen Konflikt zu beschwichtigen. »Wir sitzen doch im gleichen Boot mit den Amerikanern«, sagte er am Montag bei einem Treffen hochrangiger Unternehmensvertreter in Peking. »Da gilt es einen kühlen Kopf zu bewahren.« *Kommentar Seite 8*

SS-Mörder Boere verurteilt

Lebenslänglich für Taten in Niederlanden

Aachen (dpa/ND). Einer der letzten Nazi-Prozesse ist am Dienstag in Aachen mit einem Schuldspruch zu Ende gegangen. Der frühere SS-Mann Heinrich Boere (88) wurde vom Landgericht wegen dreifachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Boere habe 1944 drei niederländische Zivilisten »in menschenverachtender, brutaler und feiger Weise« erschossen, sagte der Vorsitzende Richter Gerd Nohl. Die Verteidigung kündigte Revision beim Bundesgerichtshof an. Weil nach Meinung des Gerichts keine Fluchtgefahr besteht, wurde der Nazi-Verbrecher nicht in Haft genommen.

Richter Nohl äußerte sich skeptisch dazu, ob der Greis seine Strafe wirklich verbüßen muss: »Ob die Strafe jemals vollstreckt werden kann – wir gehen ehrlich gesagt nicht davon aus.« Bei einer Revision werde wahrscheinlich auch der Europäische Gerichtshof eingeschaltet. Eine Entscheidung könne dann Jahre dauern.

Boere verübte seine Taten 1944, als die Niederlande von Nazi-Deutschland besetzt waren. Er war damals Mitglied des SS-Mordkommandos »Feldmeijer«. Auf Befehl seiner Vorgesetzten erschoss er drei niederländische Zivilisten in Breda, Voorschoten und Wassenaar. Das Mordkommando wollte sich für Anschläge des Widerstands rächen. Boere habe bei den Aktionen offensichtlich den Ton angegeben, sagte Nohl. *Seite 4*

Kurz

Obama besiegelt Gesundheitsreform

Washington (dpa). US-Präsident Barack Obama hat die seit Jahrzehnten größte Sozialreform in den USA besiegelt: »Die Gesundheitsreform ist Gesetz in Amerika«, sagte der Präsident am Dienstag bei der Unterzeichnung der Reform im Weißen Haus.

Demo in Sanaa

Sanaa (AFP). Mehrere hundert Frauen und Mädchen haben am Dienstag vor dem Parlament Jemens in Sanaa für die Einführung des bereits beschlossenen Mindestalters für Eheschließungen demonstriert. Sie überreichten Parlamentspräsident Jehja el Raei eine Petition mit einer Million Unterschriften.

Sarkozy zeigt Härte

Paris (dpa). Nach der Ermordung eines französischen Polizisten durch Untergrundkämpfer der baskischen ETA hat Präsident Nicolas Sarkozy am Dienstag bei der Trauerfeier Härte verkündet. »Wir werden alle Stützpunkte der ETA in Frankreich ausmerzen, einen nach dem anderen.«

Hinrichtungen

Minsk (dpa). In Belarus sind laut Amnesty International zwei wegen Mordes zum Tode verurteilte Häftlinge erschossen worden.